

REVOLTE

Anarchistische Zeitung

NUMMER 19 JAHRGANG II

Juli 2017, WIEN

erscheint monatlich

Revolte!

Revolte heißt Leben

Seit Ausbeutung und Herrschaft existieren, gibt es auch diejenigen, die sich dagegen auflehnen. Diejenigen, die wie wir nicht hinnehmen wollen, dass ihnen tagtäglich ihre Würde genommen wird. Diejenigen, denen es nicht reicht das Elend der Lohnarbeit durch Spektakel und Drogen zu betäuben. Diejenigen die nicht um Zugeständnisse der Herrschenden betteln, sondern dem Bestehenden subversive Ideen und Praktiken entgegensetzen. Die Herrschaft und Ausbeutung verändern sich, und auch unsere ihnen feindlichen Ideen müssen sich mit der Realität konfrontieren und sie analysieren. Wir wollen nicht einer Utopie des Himmels auf Erden hinterhertrauern. Wir begreifen die Anarchie nicht als einen Zustand den wir in die Zukunft verschieben, sondern als konstante Spannung gegen jegliche Autorität. Wir schaffen Anarchie durch die Organisierung unserer Revolten gegen die bestehende Ordnung. Wir versuchen die revolutionäre Spannung zu erhöhen um zu einem radikalen Bruch zu gelangen, einem Moment in dem das freie Experimentieren mit anderen Formen des Lebens möglich wird.

Wir leben in Zeiten zunehmender Repression, massivem Ausbau von Überwachungstechnologie, Ausbau des polizeilichen Apparates und Vortreibung der Militarisierung. Das soziale Klima wird immer angespannter. Seit den Anschlägen von Gotteskrieger in Paris befindet sich Europa in ständiger Alarmbereitschaft. Dabei ist schwer zu sagen was beunruhigender ist: Die Drohung des islamistischen Terrors oder die uniformierten Schergen des Staates, die nun bewaffnet mit Sturmgewehren durch die Straßen streifen um die kapitalistische Misere zu schützen. Immer schon gab es verschiedene Ansprüche auf die Herrschaft, verschiedene Ideologien die sich die Macht streitig machen. Für uns als subversive Anarchisten, die nach der Beseitigung jeder Herrschaft streben ist klar, dass all jene die uns vorschreiben wollen wie wir zu leben haben – ob durch diktatorische oder demokratische Methoden – sich unserer Feindschaft sicher sein können. Mit dieser Zeitung wollen wir anarchistische Ideen verbreiten und gegen die vorherrschende Resignation und soziale Befriedung ankämpfen, die droht die Feuer der Freiheit, die in unseren Herzen brennen, zu ersticken.

Mein persönlicher Aufstand.



Mein Ansatz des individualistischen Anarchismus bedeutet nicht, dass ich ausschließlich alleine kämpfen will. Das wird viel zu oft missverstanden. Für mich geht jede Veränderung (individuell als auch kollektiv) zuallererst vom Individuum aus, also von mir. Durch meine eigene Initiative kann ich in meine Umwelt aktiv eingreifen und dafür suche ich selbstverständlich auch nach GefährtInnen, mit denen ich ähnliche Zugänge teile. Aber ausgehend von meinen eigenen Bedürfnissen und Wünschen, im Hier und Jetzt, also Sofort. Meiner Meinung nach herrscht vor allem auch in „anarchistischen“ Kreisen (von den Linken und Anderen gar nicht erst zu reden) eine drückende Initiativlosigkeit, die sich darin ausdrückt, dass man „einfach irgendwo mitmacht“ - oder eben nicht mal das. Um zu einer kollektiven Dynamik und somit auch zu einer kollektiven Perspektive gelangen zu können, ist es unerlässlich sich selbst und andere mit diesem Problem zu konfrontieren.

Wenn wir davon ausgehen, nur in Gruppenzusammenhängen oder gemeinsam mit Anderen etwas verändern zu können, ein Projekt realisieren zu können, dann sind

und bleiben wir immer abhängig von Anderen. Mein individualistischer Ansatz geht aber vom Gegenteil aus. Ich alleine bin handlungsfähig, ebenso wie Andere. Und nur wenn ich selbst handlungsfähig bin, kann ich auch ernsthaft mit Anderen handeln, denn dann weiß ich was ich wie und mit wem erreichen will. Allerdings fällt diese Handlungsfähigkeit nicht einfach so vom Himmel, sondern muss erarbeitet werden. Ich muss mir die Mittel, das Wissen und auch den Mut aneignen, um die Projekte zu realisieren, die ich umsetzen will und um damit die Veränderung meiner Umwelt zu bewirken, so wie ich mir das vorstelle, auf Grundlage meiner Überzeugungen und meiner anti-autoritären Ethik. Und ich muss sowohl gegen das Gefühl der Ohnmacht als auch gegen innere und äußere Widerstände ankämpfen. Um mich (und damit auch andere) in Richtung Freiheit zu bewegen, muss ich zuallererst bei mir selbst anfangen. Und das ist eine kontinuierliche Spannung in Theorie und Praxis und kein irgendwann abgeschlossener Prozess, wo ich irgendwann „frei“ bin. Ich will starke Persönlichkeiten um mich haben, die notfalls auch alleine ihre Klauen gegen die Verant-

wortlichen dieser Scheisse ausfahren. Das heißt aber nicht, dass wir uns nicht gegenseitig unterstützen sollen oder nicht auch Moment der "Schwäche" zulassen dürfen, im Gegenteil. Das geht aber am besten, wenn wir alle wissen, wohin wir in etwa wollen und was unsere Projekte sind. Dieser Ansatz ist eben kein Rezept für eine bessere Welt in der Zukunft, sondern spielt sich grundsätzlich in der Gegenwart ab. Und, es ist vor allem ein Anfang, ein Anfang zuallererst bei mir selbst. Ein kleiner persönlicher Aufstand sozusagen, der sich sehr gerne mit den persönlichen Aufständen Anderer in Verbindung setzen will!

Oftmals dominiert eine Beliebigkeit in der Wahl von Projekten, die auffallend stark ist. Mir scheint, dass sich die Involviertheit einzelner Leute in anarchistische Projekte oftmals eher zufällig und beliebig ergibt, als dass es eine bewusste, aktive Entscheidung der Einzelnen ist. Und dass schlägt sich auch im eigenen Antrieb in den jeweiligen Projekten nieder. Wenn ich mich aktiv, bewusst und voller Leidenschaft von selber in ein Projekt werfe, hat das eine andere Dynamik, als wenn ich irgendwo „a bissal mitmach“. Und genau darauf

will ich hinaus. Wenn ich genau weiß, warum und wozu ich ein Projekt starte/mich daran beteilige, weiß ich auch genau, was ich damit bezwecken will und wie ich das gemeinsam mit Anderen angehen kann. Wenn ich einfach dabei bin, weil es sich so ergeben hat, dann weiß ich das nicht genau und bleibe abhängig von Anderen und von der vorherrschenden Dynamik. Ein Aufstand charakterisiert sich u.A. durch einen Bruch mit der Normalität, durch eine (zumindest temporäre) Öffnung des Handlungsspielraums und den Angriff gegen Autorität. Ebenso im „persönlichen“ Aufstand: die eigenen Grenzen werden überwunden, der Angriff setzt sich fort und ich breche in gewisser Weise mit dem routinierten Ablauf.

Ich würde mir wünschen, dass wir alle mehr darüber reflektieren, was wir wirklich in konkreten Projekten machen und ob es das ist, was wir wollen. Und uns gleichzeitig auch die (evtl. schmerzhaft) Frage stellen: Bin ich einfach dabei oder mache ich das aus Leidenschaft, stehe ich voll dahinter und weiß, was ich damit bewirken will? Und was sind die Konsequenzen? Ohne den persönlichen Aufstand einzelner Individuen kann es keinen generalisierten Aufstand geben.

Urteil im Prozess um Bankraub in Aachen

Nach einem über 24 Tage dauernden Verhandlungsmarathon ist nun das Urteil im Aachener Prozess um Bankenteignungen gesprochen worden. In diesem Verfahren waren zwei AnarchistInnen beschuldigt, an Banküberfällen in Aachen teilgenommen zu haben. Nun hat die bürgerliche Justiz über sie gerichtet und sich die Frechheit herausgenommen, unsere Kameradin zu 7 ½ Jahren Knast zu verdonnern. Die „Beweise“ sind nach wie vor so schwindlig wie zu Beginn des Verfahrens, lediglich eine bestimmte „Wahrscheinlichkeit“ in der Übereinstimmung von DNA-Proben beweisen angeblich ihre Beteiligung an dem Raub. Der andere Kamerad wurde freigesprochen. Beide haben sich nicht zu den Vorfällen geäußert, haben aber offen vor Gericht ihre Überzeugungen als AnarchistInnen verteidigt und es liegt auf der Hand, dass sie für ihre bloße Existenz als FeindInnen dieser Gesellschaft vor Gericht standen.

Noch am Tag der Urteilsverkündung (bzw. bereits davor) gab es vermehrt Ausdrücke der Solidarität, beispielsweise wurde am Tag der Urteilsverkündung (am 7.Juni) zu einer Demonstration in Barcelona aufgerufen, die in Angriffen auf Banken und verantwortliche Institutionen des Staates mündete. In anderen Städten wurden zahlreiche Graffiti gesprüht, Banken angegriffen oder Kundgebungen in Solidarität mit der Verurteilten abgehalten. Uns ist es nach wie vor scheissegal, ob unsere KameradInnen nun „schuldig“ sind oder nicht – wir sind und bleiben solidarisch mit ihnen. Nichts ist vorbei, alles geht weiter! Berichten zufolge nahm die Kameradin das Urteil mit kämpferischer Haltung entgegen und rechte die Faust den solidarischen Leuten im Gerichtssaal entgegen. Wenn ihr sie unterstützen wollt (z.B. finanziell, Briefe schreiben, Infos verbreiten: solidariteit.noblogs.org)

Magna Steyr: Schichtarbeit für Arbeitslosengeld

Der folgende Text wurde uns zugesendet mit der Bitte, ihn abzudrucken. Wir denken, dass es wichtig ist die neue Qualität der Ausbeutung, die das gemeinsame Projekt von MAGNA und Staat bedeutet, zu thematisieren und diesen Projekten selbstorganisierten Widerstand entgegenzusetzen.

Magna Steyr ist ein österreichischer Automobilzulieferer; der Produktionsstandort in Graz ist der einzige, an dem komplette Fahrzeuge produziert werden. Magna Steyr gehört zum Konzern Magna International. Dessen Nettogewinn im ersten Quartal 2017 beläuft sich auf 597 Millionen Euro bei einem Umsatz von 8,61 Mrd. Nachdem der Großauftrag für die Mini-Produktion im Jahr 2016 endete, wurden Leiharbeiter entlassen, Festangestellte in andere Abteilungen oder in eine vom Staat subventionierte »Arbeitstiftung« zur Umqualifizierung geschoben. Die Produktion-

shallen wurden umgebaut und erweitert, um sich auf neue Aufträge vorzubereiten. Seit Anfang 2017 startet schrittweise die Massenproduktion von sechs neuen Modellen (5er-BMW, 4er-BMW Cabrio, Toyota Supra, zwei Jaguar Land Rover Modelle inkl. einem E-Auto; und eine neue Version der Mercedes Benz G-Klasse). Dafür werden Arbeiter benötigt. 3000 sollen neu eingestellt werden – davon rund 1500 Arbeitslose. So arbeiten am Standort in Graz rund 10 000 Menschen. Laut Bericht einer Lokalzeitung waren Ende April 2017 bereits 700 Stellen besetzt, die alle durch das AMS (Arbeitsmarktservice) vermittelt wurden – für das Arbeitsamt der größte Vermittlungsauftrag österreichweit und in der Geschichte des AMS. (Als Arbeitslose werden aber auch jene Arbeiter gezählt, die eigentlich einen Job hatten, diesen hinschmissen um dann über das AMS bei Magna zu landen.)

Ich bin einer dieser Arbeitslosen. Nachdem ich im Dezember 2016 bei einer der unzähligen »Roadshows« von AMS und Magna Steyr war (einer Art Vorstellung und Abfeiern des Unternehmens) und mich für jede mögliche Abteilung (Karosseriebau, Lackierung, Montage, Qualität, Logistik) beworben hatte, erhielt ich Mitte Januar 2017 eine Einladung zu einem »Job-Day«. Dafür haben die Unternehmer extra eine aufgelassene Discounter-Filiale angemietet und sie propagandistisch als »Recruiting Center« in Szene gesetzt. An diesem »Jobtag« wurde ein Großteil der bürokratischen Dinge erledigt: Bild für den Ausweis machen, Schuhe und Arbeitskleidung probieren, Bewerbungsgespräch, Besichtigung des Arbeitsplatzes mit Shuttle-Bus, Deutschtests. Dann hieß es abwarten, denn eine Zusage hatte man nicht in der Tasche. Diese er-

■ (weiter auf der Rückseite)

■ (weiter: Magna Steyr)

hielt ich erst eineinhalb Monate später – gerade noch vor Ablauf meines Arbeitslosengeldbezugs. Hätte ich den Anspruch verloren, wäre ich mit einem niedrigeren Bezug in diese »Implacement-Stiftung« gekommen.

Staatlich subventionierte Ausbeutung

In Österreich haben sich Werkverträge in der Industrie wie in Deutschland bis jetzt nicht durchgesetzt. Die sogenannte »Regionale Implacementstiftung Automotive Styria« kommt dem aber recht nah. Diese wurde im Juli 2015 gegründet und läuft bis Ende 2019; für die Umsetzung wurden 9,2 Millionen Euro veranschlagt und max. 1530 Personen sollen daran teilnehmen können. Beteiligt sind Magna Steyr, Magna Heavy Stamping, AVL und Saubermacher. Die Kapitalisten bezahlen 3,7 Millionen, das Land Steiermark und das AMS jeweils 2,75 Millionen Euro. Das AMS hat die Gesamtkosten mit 15,58 Millionen Euro veranschlagt, da die Teilnehmer in der Zeit auch Arbeitslosengeld – sogenanntes »Schulungsarbeitslosengeld« – beziehen werden. Dem Stiftungsrat, also dem Entscheidungsgremium, gehören Leute von Magna Steyr, dem AMS, der steiermärkischen Landesregierung und der österreichischen Metallarbeiter-Gewerkschaft PRO-GE an. Offiziell ist das für Arbeitslose wie ein Kurs

– die Kapitalisten erhalten hingegen eine fast kostenlose Arbeitskraft.

Ich bin zur Ausbildung als »Zusatzkraft« bei Magna Steyr in die Stiftung eingetreten. Meine Ausbildungszeit ist kürzer und ich kann auch keine Lehrabschlussprüfung machen. Nach Übernahme soll ich den Lohn eines »Helfers« bekommen – knapp 2000 Euro brutto. Insgesamt dauert die Ausbildung drei Monate: ein theoretisches Einstiegsmodul, das vier Wochen dauert, danach acht Wochen Praktikum. Die Ausbildungskosten pro Person betragen laut Stiftungsträger 2500 Euro. Während der Zeit in der Stiftung erhält man Schulungsarbeitslosengeld in der Höhe des Arbeitslosengeldes. Eine Kollegin bekommt rund 650 Euro, da sie vorher nicht Vollzeit gearbeitet hatte. Bei den anderen Leuten bewegt sich die Höhe des Betrags zwischen 800 und 1100 Euro. Für die theoretische Ausbildung mussten wir 140 Kilometer pro Tag in eine Berufsschule fahren. Vom AMS erhielten wir dafür einen »Fahrkostenzuschuss« in Höhe von 1,57 Euro pro Tag.

Der Inhalt des theoretischen Einstiegsmoduls bestand aus Grundlagen zu Metall-, Beschichtungstechnik, Fahrwerk usw. – immer abhängig von dem Bereich, in dem man später arbeiten wird. Für mich persönlich war es ganz interessant und ich konnte mir neues Wissen

aneignen. Für die Arbeit im Betrieb hat es nichts gebracht.

Die Rekrutierungsindustrie

Dieses Konstrukt bildet einen staatlich subventionierten Apparat an »Bullshit Jobs«, den man aus Sicht der Arbeiter nicht brauchen würde. Da gibt es z. B. eine Einrichtung für Erwachsenenbildung mit über 40 Vortragenden – oftmals Facharbeiter, die froh sind, der Werkstatt für ein paar Wochen zu entkommen; oder ein Institut, das die zahlreichen Deutchtests an den »Job-Days« durchführt. Und es braucht Leute, die sich um die Organisation der ganzen Arbeitsstiftungen kümmern. Anstatt den Arbeitern mehr bzw. den normalen Lohn zu bezahlen, investieren die Kapitalisten lieber in Disziplinierung. Arbeitslose müssen erst wieder »resozialisiert«, d. h. für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden. Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ordnung, Teamwork sind nur ein paar Schlagworte. Es geht darum, die Bedingungen abzusinken: Hat man zwei Monate Schichtarbeit für Arbeitslosengeld hinter sich, freut man sich auf den normalen Lohn von ca. 1500 Euro netto – eine schöne Lohnerhöhung!

Die neue C-Klasse

Nachdem das theoretische Einstiegsmodul abgeschlossen war, begann das »Praktikum«. Am ersten Tag bekam ich eine Einschulung, am dritten Tag musste ich schon alleine arbeiten. Vom Vorarbeiter

werde ich, wenn es ums Arbeiten geht, wie ein normaler Arbeiter behandelt. Brauche ich eine Auskunft – z. B. Stempelzeiten – ist er für mich nicht zuständig. Von meinen Rechten her bin ich weit weg von den Festangestellten und Leiharbeitern. Letztere bekommen in dieser Branche sogar einen 18-prozentigen Zuschlag zum kollektivvertraglichen Mindestlohn und dürfen gegenüber Festangestellten nicht benachteiligt werden.

Rechtlich bin ich in einem AMS-Kurs, d. h. ich habe aktuell keinen Arbeitsvertrag mit Magna Steyr. Trotzdem stehe ich täglich mit meinen festangestellten Kollegen am Band bei der Fertigung des neuen 5er-BMWs. In meiner Abteilung müssen wir während der gesamten Schicht über Kopf arbeiten. Wöchentlich werden Stückzahlen erhöht und Taktzeiten gesenkt. Mittlerweile produzieren wir über 300 Autos pro Tag. Die Arbeitszeit geht von 06.00 (05.00) bis 14.30 Uhr und von 14.30 bis 23.00 (24.00) Uhr; also Wechselschicht; ich bekomme aber keine Schichtzulagen und muss auch Überstunden machen. Auch Samstags musste ich schon rein, obwohl ich offiziell keine Überstunden machen darf.

Einige meiner Kollegen aus der Stiftung sind schon weg. Entweder hat sie Magna Steyr »entlassen« oder sie haben selbst aufgehört. Letzteres ist aber ein Problem, da

es einer Arbeitsverweigerung gleich kommt und das AMS ein Verfahren nach § 10 ALVG (Arbeitslosenversicherungsgesetz) einleitet; Konsequenz: ein Anspruchsverlust auf Arbeitslosengeld zwischen sechs und acht Wochen.

Und wofür das Ganze?

Hat man sich durch die dreimonatige Stiftungszeit durchgekämpft – gezeigt, dass man ein braver Arbeiter, eine brave Arbeiterin ist – winkt einem ein auf sechs Monate befristeter Arbeitsvertrag; inklusive einem Probe Monat. Danach wird ein unbefristetes Arbeitsverhältnis in Aussicht gestellt. Gegenüber diesen Bedingungen kann ein Leiharbeitsverhältnis als direkt attraktiv wirken.

Diese »Implacementstiftung« ist ein Angriff auf Arbeitslose und Arbeiter. Wir müssen Schichtarbeit für Arbeitslosengeld machen; selbst wenn wir wollten, könnten wir uns aufgrund unseres Status nicht an die Arbeiterkammer oder die Gewerkschaft wenden – das wäre auch keine gute Idee: die Gewerkschaft ist selbst Teil dieser Maßnahme zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Wir müssen es selbst in die Hand nehmen, wenn wir unsere Bedingungen verbessern wollen. Die anderen Arbeiter sollten uns dabei unterstützen – denn unter uns sind auch ehemalige Magna-Festangestellte.

Wenn der Exekutor dreimal klopft...

Vieles haben wir hier schon über verschiedene Institutionen, Gruppen und Leute geschrieben, die aktiv diese Gesellschaft und ihre Werte verteidigen. Heute wollen wir uns daher mal mit einer ganz besonders niederträchtigen, verabscheuungswürdigen Kreatur beschäftigen: dem Gerichtsvollzieher.

Titel: Exekutor (auch Gerichtsvollzieher)

Alter: meist zwischen 25 und 55 Jahren (meist männlich)

Aufgaben: nerven, spitzeln, Geld eintreiben, Druck ausüben

Sonstiges: tagaktiv, meist in den frühen Morgenstunden, besonders hartnäckig
Stärken: falls notwendig Unterstützung von PolizistInnen

Schwachpunkte: Nase, Kiefer, Augen

Wer kennt das nicht? Früh morgens um 7, wenn ich noch verschlafen und träumend in meinem Bettchen liege, klingelt es plötzlich an der

Tür. „Der Postler hat ein Paket für mich!“, schießt mir als Erstes durch den Kopf. Doch dann: „Moment, ich krieg ja keine Pakete...nie. Fuck“. Ich schleiche leise zur Tür. Natürlich, es ist der Gerichtsvollzieher, der wiederum eine nicht bezahlte Strafe eintreiben will. Und mir droht. Nächstes Mal kommt er mit den Bullen, also machen Sie sofort auf! Ich schleiche mich wieder zurück ins Bett und ignoriere ihn, wie schon so oft.

Was aber wollen diese Leute, die da frühmorgens in unsere Privatsphäre eindringen und uns aus dem Schlaf reißen? Geld natürlich! Gerichtsvollzieher werden von den Bezirksgerichten ausgeschickt, um Strafen und Schulden einzutreiben. Falls nicht gezahlt werden kann,

versuchen sie Wertvolles in der Wohnung zu finden, was dann verkauft werden kann, um die „Schuld“ zu tilgen. Wenn selbst nichts Wertvolles in der Wohnung zu finden ist, versuchen sie dich mit einer Ratenzahlung um den Finger zu wickeln. „Hörens, ich komm Ihnen da eh entgegen! Ich kann ihnen eine Ratenzahlung anbieten, aus reiner Kulanz, verstehens? Zahlens halt monatlich an Zehner, das kann doch jeder aufbringen!“. Wenn das alles nichts nützt kommt der nächste Brief, in dem dann auch mal mit Ersatzfreiheitsstrafen gedroht wird, usw. Was dieser ganze Aufwand kostet, kannst du dir selber ausrechnen. Und das alles wegen nicht bezahlter Strafen, wegen bei Rot über die Ampel gehen, wegen eines kleinen Ladendiebs-

tahls und was weiß ich noch alles.

Für mich sind Gerichtsvollzieher nichts anderes als Bullen, denn sie erfüllen ähnliche Aufgaben wie etwa Einschüchterung, Zwang, Gewalt und die Verteidigung der Eigentumslogik. Und wenn alles nix hilft, holen sie eben die Polizei zur Unterstützung. Ein ziemlich widerliches Gesindel also. An meiner selbstgewählten Zahlungsverweigerung ändert dies alles freilich nichts. Sollen sie mich doch erstmal finden, um mich in „Ersatzhaft“ zu stecken. Und mal sehen, was dann passiert... Wie gesagt sind Gerichtsvollzieher normalerweise im Bezirksgericht ansässig, eine kurze Recherche im Internet liefert noch weitere interessante Infos wie: Namen, Adressen, usw.

Vom Schutz der Verfassung zur totalen Kontrolle

Das sogenannte Amt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (kurz BVT auf Bundesebene und IVT auf Landesebene) ist die politische Polizei Österreichs. Es ging im Jahr 2002 aus der Zusammenlegung der sogenannten Staatspolizei und diversen Sondereinheiten hervor. Die gesetzlichen Grundlagen auf deren Basis BVT und IVT agieren sind das Polizeiliche Staatsschutzgesetz (PStSG) und das Sicherheitspolizeigesetz (SPG). Beide Gesetze wurden in den letzten Jahren dahingehend reformiert, dem BVT und IVT immer umfangreichere Ermittlungsmethoden und Handlungsautonomie einzuräumen. Ein Teil dieser spitzelnden Tätigkeiten und wirren Analysen wird alljährlich im Verfassungsschutzbericht veröffentlicht.

Verfassungsschutz und Repression
Der österreichische Verfassungsschutz war an allen größeren und kleineren Repressionsfällen gegen autonome, anarchistische und linksradikale Gruppen in den letzten Jahren beteiligt. Dabei erstrecken sich die Ermittlungsmethoden über die Überwachung von Demonstrationen und Kundgebungen, Sammeln von personenbezogenen Daten, Telefon- und Internetüberwachung, Einschleusen von Verdeckten ErmittlerInnen (VE) und sogenannten Vertrauenspersonen (VP), Überwachung von Wohnungen, Häusern und Fahrzeugen, und so weiter. Besonders hat sich diese Behörde im Jahr 2008 und in den Folgejahren, durch die Zusammenarbeit mit diversen österreichischen Unternehmen (u.a. Kleider Bauer) hervor getan. Damals gab es in Österreich eine recht aktive Tierbefreiungsbewegung. Seit den 1990ern gab es kontinuierliche Aktionen und Angriffe gegen Zirkusse und diverse Unternehmen der Bekleidungsindustrie, Jagdsabotage, etc. Ein Teil dieser Aktionen wurde unter dem Label 'ALF' (Animal Lib-

eration Front) ausgeführt. 2008 kam es zu einer Welle von Verhaftungen und 10 Personen aus der Tierbefreiungsbewegung wurde in den Folgejahren, unter dem Vorwurf des § 278a ('Kriminelle Organisation') und diverser anderer Delikte der Prozess gemacht. In den Jahren 2010, 2014 und 2015 wurde weitere Male mit Hilfe des § 278 ermittelt und dadurch dessen Reformierung forciert.

Der Verfassungsschutzbericht

Dieser Bericht wird einmal im Jahr vom BVT herausgegeben. Er erscheint immer für das vorhergehende Jahr, 2017 wurde der Bericht für das Jahr 2016 veröffentlicht. Grundsätzlich ist es eine recht oberflächliche politische Analyse, die vom Extremismuskurs geprägt ist. Inhaltliche Zielsetzung ist nichts anderes, als die Zementierung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse und des staatlichen Gewaltmonopols. Der Verfassungsschutzbericht 2016 enthält ein paar interessante Neuheiten. Neben dem üblichen 'Linksextremismus', 'Rechtsextremismus' und 'Islamismus' Rubriken, wobei sich die Abhandlung zum sogenannten 'Linksextremismus' wohl, bis auf einige Kleinigkeiten, seit Jahren nicht geändert hat, wird dieses Mal vermehrt auf sogenannte 'Kritische Infrastruktur' eingegangen.

Der Schutz Kritischer Infrastruktur

Als kritische Infrastruktur werden im Verfassungsschutzbericht 'Betreiber aus den Sektoren Chemische Industrie, Energie, Finanzen, Forschungseinrichtungen, Gesundheit, Hilfs- und Einsatzkräfte, Informations- und Kommunikationstechnologie, Lebensmittel, Sozial- und Verteilungssysteme, Transport und Verkehr, Verfassungsmäßige Einrichtungen und Wasser' bezeich-

net. Alle diese Bereiche sollten laut BVT einer erhöhten Überwachung unterliegen. Im Beobachtungszeitraum des Berichts dürften sich wohl individuelle Aktionen gehäuft haben. In der Aufzählung finden sich diverse Angriffe auf 30kV Strommasten, Mobilfunksendemasten und Hackerangriffe. Über die Motivation gibt es in den meisten Fällen keine Informationen. Mit einigen Ausnahmen gehört ein großer Teil der hier angeführten Sektoren, zu den Schlüsselakteuren der kapitalistischen Ausbeutung. Staat und Kapital schützen sich in Zeiten von zunehmend offenerer und brutalerer Ausbeutung gegen Unruhen und Angriffe. Wobei ein weiteres Mal die Gefahr des Terrors, der über unterschiedliche Kanäle in der Gesellschaft verbreitet wird, als Legitimation benutzt wird.

Natürlich ist der islamistische Terror eine reale Gefahr, das soll hier keinesfalls verschwiegen werden. So haben wir in den letzten Jahren einen enormen Anstieg von religiöser Gewalt miterlebt. Der Krieg hat sich vervielfältigt. Und während die einen Bomben aus Flugzeugen werfen, sprengen sich die anderen in die Luft und reißen alle rund um sie in den Tod. Wir haben über diese Dinge auch in der 'Revolte' einiges geschrieben und unsere Standpunkte klar gemacht. Wir sehen aber auch, dass in fast allen europäischen Staaten Gesetze auf den Weg gebracht, sowie polizeiliche und militärische Vorkehrungen getroffen werden, um sich auf alle möglichen Abweichungen einzustellen. Sie versuchen jegliche Art von Kontrollverlust über die täglichen Formen der Ausbeutung und Disziplinierung abzuschaffen.

Eine Möglichkeit

Den Kontrollverlust sehen wir allerdings als eine Möglichkeit. Sie kann eine antiautoritäre Methode, für uns als Ausgebeutete, sein, um

mit der Welt der Autorität zu brechen. Wir sind ständig beschäftigt, paralysiert und überwacht. Denn wir sollen uns fortlaufend für den Prozess der Verwertung optimieren, was eine gewisse Disziplin voraussetzt. Und diese wird erreicht durch Angst. Angst etwas zu verpassen oder zu verlieren, oder vor den 1000 Gefahren, die uns jeden Tag in den Medien präsentiert werden. Deshalb gibt es jetzt auch ein Projekt des Innenministeriums: 'Katwarn', eine eigene App für Krisen- und Katastrophensituationen. Sie gibt Verhaltenshinweise direkt von der Behörde kommend an die User weiter. Inklusive Warnungen vor Demonstrationen und ähnlichen größeren Menschenansammlungen. Damit wir ja zu keinem Zeitpunkt am falschen Ort sind.

Da wir in einer Welt leben die ganz massiv vom einwandfreien Ablauf all ihrer technologischen Krücken abhängig ist, stellt ein Ausfall immer eine Gefahr für einen kontrollierten Ablauf dar. Wir haben uns an die diversen Geräten gewöhnt, die wir tagein tagaus benutzen und von denen wir uns immer abhängiger machen. Wir dürfen uns an dieser Stelle auch keine Illusionen machen: Alle diese Geräte sind in einem Herrschaftskontext entstanden. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass wir in diesem Zusammenhang auch autoritäre Argumente übernehmen, anstatt uns selbst Gedanken über die Probleme unserer Zeit zu machen und mit anderen, Auge in Auge, direkt in eine Diskussion zu gehen. Denn anstatt reale, direkte Beziehungen aufzubauen, verkriechen wir uns immer mehr in die Virtualität und können uns ein Leben ohne diese auch immer schwieriger vorstellen. Und so verbleiben wir in ständiger Ablenkung vom wirklichen Leben.

Die Wichtigkeit des Schutzes von



sogenannter 'Kritischer Infrastruktur', vor allem im Bereich von Energie und (Tele)kommunikation hat in erster Linie mit der Aufrechterhaltung des technologischen Fortschritts und dem Schutz der europäischen Wirtschaft und deren Profiteuren zu tun. Außerdem ist es immer im Sinne des Staates, die Gefahr von subversiven und zerstörerischen Massnahmen zu vermeiden. Und dabei ist Ablenkung immer ein Mittel der sozialen Kontrolle. Um die Massen der Ausgebeuteten an ihre Rolle als Befehlsempfänger und Konsumenten zu binden. Und das ist die Angst die die Herrschenden haben, dass wir uns unserer Ausbeutung bewusst werden, weil die Ablenkung auf einmal nicht mehr vorhanden ist. Der Ausfall eines Teils der Infrastruktur sollte eigentlich kein Dilemma für die Ausgebeuteten, sondern für die Ausbeuter und die Herrschenden sein. Wir müssen uns darüber klar werden, dass das Funktionieren und die Kontrolle über die Wirtschaft und Technologie nicht unsere Sache ist. Lernen wir ohne Krücken zu leben, damit wir jeden Tag die Rebellion neu erfinden können!